

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringenslohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Magazin M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 216.

Dresden, Sonnabend den 18. September 1909.

20. Jahrg.

Auf die Schanzen! Zum Kampfe gegen die sächsische Reaktion!

In wenigen Wochen — voraussichtlich am 21. Oktober — finden in Sachsen die **Landtagswahlen** statt.

Zum erstenmal gehen wir unter dem neuen Pluralwahlrecht in den Wahlkampf! Zum erstenmal finden in allen Wahlkreisen zugleich die **Neuwahlen** statt. **Zum erstenmal haben wir Gelegenheit, den Kampf auf der ganzen Linie mit den sächsischen Volksfeinden aufzunehmen!**

Noch niemals waren die Landtagswahlen in Sachsen so wichtig und bedeutungsvoll wie in diesem Jahre. Es gilt nicht nur, alles anzubieten, eine Vertretung der breiten Masse im Landtage zu erringen, wir müssen **alle Kräfte dafür einsetzen, die volksfeindlichen Parteien niederzuzwingen**, die uns abermals entrechtet haben.

Soll aber etwas erreicht werden, wollen wir vorwärts kommen, müssen wir **auch den letzten Mann mobil machen**, dann müssen alle **Wahlberechtigten**, denen das **Stimmrecht verkürzt** worden ist, zum **Vormarsch** gegen die **Reaktion** aufgerufen werden.

Es ist aber die **erdrückende Mehrheit des Volkes seines Wahlrechtes und Einflusses** zum großen Teil **beraubt** worden. Der **Arbeiter** wie der **untere Beamte**, der **kleine Geschäftsmann** wie der **Handwerker** mit **lagersm Einkommen** — sie alle und viele andere **gehören zu den Entrechteten**, allen hat man das **Stimmrecht gekürzt**, um den **Besitzenden die Herrschaft zu sichern**.

Alle diese **Wahlberechtigten** müssen dringend wünschen, daß die herrschenden **Wahlrechtsfeindlichen Parteien** **niedergezwungen** werden. Ihnen allen müssen wir **Klar machen**, daß **des Volkes Recht und politische Bewegungsfreiheit** nur von der **Sozialdemokratie rückhaltlos** **verteidigt** worden ist.

Eine **umfassende und rastlose Aufklärungsarbeit** ist hierzu erforderlich. Es **rückt jetzt die Zeit heran, die ausgenutzt**, wo jeder **einzelne Agitator** werden muß. In **Versammlungen** und **Freundeskreisen**, in der **Werkstätte** und am **Wiertische** — überall müssen wir **ausdauernd tätig** sein, **allerwärts gilt es, die Stummen aufzurütteln**, die **Lässigen an ihre Pflicht** zu mahnen.

Vor allem muß dafür **geforgt** werden, daß unsere **Wählerversammlungen** gut besucht sind, daß jeder nach seinen **Kräften zur Wahlarbeit** sich **bereit** findet.

Unabhängig müssen wir das **Ziel im Auge** haben, das **ganze Volk an die Wahlurne** zu bringen, die **breiten Massen der Wahlberechtigten** zu **beranlassen**, mit dem **sozialdemokratischen Stimmzettel** auf die **neue Wahlrechtschmach** und die **ganze reaktionäre Wirtschaft** eine **unzweideutige Antwort** zu geben.

Darum alle Mann zur Wahlrechtschlacht! Der Kampf beginnt jetzt! Jeder muß seine Schuldigkeit tun! Schmach denen, die **faul und stumpf** taktlos **hoden** bleiben. **Alles antreten zur Wahlagitacion**, das sei **jetzt die Lösung!**

**Auf Sozialisten, schließt die Reihen, — Die Trommel ruft, die Banner weh'n,
Es gilt, die Arbeit zu befreien, — Es gilt der Freiheit Ausersteh'n!**

Die Reichsversicherungsordnung vor dem Parteitage.

Beipzig, 16. September.

Der wichtigsten gesetzgeberischen Aufgabe des Reichstages in der nächsten Session widmete der Parteitag den gestrigen Nachmittag und heute eine ausgedehnte Vormittagsitzung. In drei je 1 1/2 stündigen Referaten kritisierten drei hervorragend sachkundige Referenten die Grundlagen der neuen Reichsversicherungsordnung und die einzelnen zum Schaden der Arbeiter oft recht hinterlistigen Bestimmungen. Es ist unumgänglich, in dem Rahmen eines Artikels die Punkte der Gesichtspunkte auch nur andeutungsweise wiederzugeben, die von G. Bauer, Robert Schmidt und Wulfe Jley entwickelt wurden. Nur zwei prinzipielle Fragen seien hervorgehoben. Soll die ganze Arbeiterversicherung einen Wert haben, so muß sie von den Arbeitern selbst in der größten Freiheit verwaltet werden. Nur da, wo die Arbeiter selbst die Verfügung in ihren Händen haben, dient sie nicht dazu, ihnen die politische Entrechtung in Deutschland zu verhängen, nicht dazu, die Armenlasten der Gemeinde zu vermindern, sondern die Bureaucratie die Verwaltung in Händen hat, muß sie naturgemäß so kostspielig werden, daß die Arbeiter, die Beiträge zahlen müssen, bei der Versicherung eher verlieren als gewinnen. Nur die Krankenlasten, in denen die Arbeiter die Verwaltung führen, haben den sozialen Aufgaben der Zeit einigermaßen genügt. Darum ist die Selbstverwaltung das Grundproblem der ganzen sozialen Versicherungsgesetzgebung. Schon jetzt sind über 120 000 Arbeiter in den drei verschiedenen Zweigen der Arbeiterversicherung tätig. Nur ein winziger Bruchteil von ihnen ist gegen Gehalt in der eigenen Verwaltung angestellt. Die übrigen üben Kontrolle, werden gutachtend und rechtspredend, ohne jeden Lohn, nur aus Idealismus für die große Sache der Arbeiterschaft. Ohne unumgänglich, je weiter die Versicherungsgesetzgebung greift, um so unentbehrlicher und wirksamer wird die eigene Tätigkeit aufgeschlüsselt und unterrichteter Proletariat in ihr werden. Die Arbeiterversicherung wird selbstverwaltet sein oder sie wird nicht sein.

Kein Wortwurf ist im Munde unserer Gegner so häufig zu hören wie der, daß die Sozialdemokratie eigentlich der Arbeiterversicherung- und Schutzgesetzgebung feindlich sei und von der fortschreitenden Verelendung der Masse ihr Heil erwarte. Die Abstimmung der Fraktion gegen die ersten Arbeiterversicherungsgesetze unter dem Sozialistengesetz muß dazu herhalten, und daß das Zentrum und die Freisinnigen damals auch mit Nein gestimmt haben, daß Nationalliberale und Konservative nur deshalb zugestimmt haben, weil sie Bismarcks politische Pläne gegen die Arbeiter dadurch zu fördern hofften, wird verschwiegen. Es soll hier nicht noch einmal nachgewiesen werden, daß die Sozialdemokratie die einzige ehrliche Freundin eines wirklichen und wirksamen Arbeiterschutzes ist. Es soll nur hervorgehoben werden, daß alle drei Referenten mit aller Entschiedenheit hervorhoben, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur herbeigeführt werden kann von einer kulturell hochstehenden sozial gehobenen Arbeiterklasse. Einstimmig trat der Parteitag dieser Auffassung bei, die zugleich das Vertrauen ausdrückt, daß es unserer Aufklärungs- und Kampfesarbeit gelingen wird, die Lage der Arbeiter in der Lat zu verbessern. Das Bewußtsein, daß die Arbeiterklasse schon heute Fortschritte erzielen kann, wenn sie sich mit der nötigen Energie für eine Aufgabe einsetzt, muß unseren Kampfesmut aufs höchste steigern. Nicht daß die Frage der Reichsversicherungsordnung auf dem Parteitage ausgiebig und gründlich verhandelt worden ist, sondern daß er den Genossen im Lande den Auftrag gegeben hat, mit aller Kraft dafür zu arbeiten, daß aus dem niedrigen reaktionären Nachwerk des Reichstages das Innere durch den Druck der Massen ein wirklicher Fortschritt für die Arbeiterschaft herausgeholt werde, gibt dieser Verhandlung die Bedeutung. Im Laufe des nächsten Winters muß es unsere Aufgabe sein, alle Arbeiter viel gründlicher als bisher über die Streitfragen der Versicherungsgesetzgebung zu unterrichten, und je mehr Arbeiter erfahren und begreifen, was auf dem Spiele steht, um so größer werden die Erfolge sein, die die Fraktion im Reichstag erzielen kann. Es gilt zu arbeiten für die Kranken und Schwachen, die Alten und Verwundeten, die Witwen und Waisen.

Der Temps über die Karlsruher Kaiserrede.

Die Karlsruher Kaiserrede hat das typische Schicksal aller Kaiserreden. Es existieren, wie bereits mitgeteilt, zwei Redarten von ihr, von denen die eine, offizielle, die zahlreichere, die andere aber die richtigere ist. Nach dieser zweiten Redart hat Wilhelm II. u. a. die Deutschen als „ein kriegspfeifreudiges Volk“ genannt, und diese Bezeichnung hat, wie manche andere Kennzeichnung des Kaisers auch überall, besonders im Ausland, ein allgemeines Schütteln des Kopfes hervorgerufen. Um die Stimmung kennen zu lernen, mit der die maßgebenden Kreise des Auslandes solchen kriegspfeifreudigen Kaiserreden gegenübersehen, ist es nicht unwichtig, die Stimme des Pariser Temps zu hören. Das französische Regierungsblatt läßt sich aus Berlin telegraphieren:

Diese Redart, deren Richtigkeit durch die Frankfurter Zeitung verbürgt ist, war vom Vorwärts ohne Quellenangabe übernommen worden und wurde hier für eine herbe Satire des sozialdemokratischen Blattes gehalten, durch die der Monarch lächerlich gemacht werden sollte. Es schien in der Tat kaum zulässig, daß Wilhelm II. vom deutschen Volke wie von einem Rinde sprach, das man mit Kriegsspiel und Weisheitsdaten unterhält... In diplomatischen Kreisen hält man sich an die offizielle Redart und verfährt, daß der von der Frankfurter Zeitung veröffentlichte Bericht die Privatarbeit eines schlecht unterrichteten Reporters sei.

Der Temps teilt ferner mit, daß man eine amtliche Aufklärung des merkwürdigen, aber allerdings nicht mehr ungewöhnlichen Vorgangs durch die Nordd. Allg. Zeitung erwartet. Das Berliner offizielle Blatt entläßt jedoch die Erwartung des französischen Kollegen; es schweigt, weil es aus Erfahrung weiß, wie oft es schon durch seine Dementis die Sache nur noch schlimmer gemacht hat. Möglich, daß der Pariser Rippenstoß die Berliner Geheimräte aus ihrem Sommer Schlaf weckt, denn der Ton, den das französische Regierungsblatt gegen Wilhelm II. ausschlägt, ist sehr ungewöhnlich zu nennen, sofern man ihn mit der Art vergleicht, in der offizielle Blätter sonst von fremden Souveränen zu sprechen pflegen.